

ZU DEN STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN VORSTELLUNGEN UND KONZEPTIONEN DER KPD ZUR NEUGESTALTUNG DEUTSCHLANDS NACH ÜBERWINDUNG DES FASCHISMUS ALS GRUNDLAGE FÜR ENTSCHEIDENDE VERÄNDERUNGEN DER RECHTLICHEN STELLUNG DER ARBEITERKLASSE (FEBRUAR 1933 BIS MAI 1945)

Dieter Fally-Sell (Berlin)

Die Tatsache, daß heute in der DDR die Arbeiterklasse als Trägerin der Staatsmacht und als Eigentümerin von Hauptproduktionsmitteln unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei Wesen und Charakter des sozialistischen Rechts bestimmt,¹⁾ hat historische Wurzeln. Dazu gehören auch die Vorstellungen und Konzeptionen, die die KPD im Kampf gegen den Hitlerfaschismus und für neue antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in Staat und Wirtschaft, als Grundlage für entscheidende Veränderungen der rechtlichen Stellung der Arbeiterklasse, erarbeitete.

Die KPD gewann in den Jahren der faschistischen Diktatur in Deutschland Klarheit darüber und wurde theoretisch wirksam, was für grundlegend neue politische und ökonomische Verhältnisse nach der Beseitigung des faschistischen Systems zu schaffen waren, deren Verwirklichung die Rechtsstellung der Arbeiterklasse vollkommen verändern würden. Der Weg der Arbeiterklasse von der ausgebeuteten und unterdrückten Klasse zur herrschenden und gleichzeitig wichtigsten produzierenden Klasse, die also in sich die Merkmale: Hauptproduzent der Gesellschaft zu sein, die Macht ausüben bei der Leitung, Planung und Organisation der Gesellschaft sowie die entscheidende geistig-kulturelle Kraft der Gesellschaft zu sein, vereinigt, und welch neues qualitatives Verhältnis zu Staat und Recht in der Arbeiterklasse zu entwickeln sei, wurde von der KPD vorgezeichnet und gewiesen. Es wurden konzeptionelle Überlegungen von der KPD formuliert wie eigene materielle Grundlagen der zur politischen Führung der Gesellschaft objektiv berufenen Arbeiterklasse geschaffen werden sollten, wie die Arbeiterklasse als politisch herrschende Klasse ihre Machtausübung und Bündnisbeziehungen organisieren sollte, wie die Arbeiterklasse politisch alle Rechte zur Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse wahrnehmen konnte, d. h. die aktive inhaltliche Ausübung der zu erkämpfenden politischen Grundrechte.

¹⁾ Vgl. Ulrich D ä h n /Klaus H e u e r, *Die historische Mission der Arbeiterklasse und das sozialistische Recht*, Berlin 1980, S. 23 ff.

Die deutsche Arbeiterklasse verfügte somit am Ende des II. Weltkrieges mit der KPD über eine bewährte Partei mit großen Erfahrungen und kampfgeübten Kadern sowie über festumrissene programmatische Vorstellung für eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung und zur Errichtung der Arbeiter- und-Bauern-Macht.²⁾

Die KPD als führende revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse entwickelte zwischen 1933 und 1945 vielfältige Überlegungen, Vorstellungen, Orientierungen und Konzeptionen zu Staats-, Wirtschafts- und Rechtsgrundsätzen eines antifaschistisch-demokratischen Staatswesens nach Zerschlagung des Faschismus in Deutschland.³⁾ Mit der Konsequenz wurde der zu beschreitende Weg einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung gewiesen, der nur möglich war, wenn die ökonomischen und politischen Machtgrundlagen der imperialistischen Monopolbourgeoisie vernichtet wurden. Das Eigentum der Monopolbourgeoisie durch revolutionäre Aktionen der Volksmassen in gesellschaftliches Eigentum umzuwandeln, war eine Grundaufgabe für die Arbeiterklasse im Prozeß der Zerschlagung der alten Staatsmacht und dem Aufbau einer neuen politischstaatlichen Macht. Das insbesondere deshalb, weil unter den materiellen Bedingungen, die das Recht ursächlich bestimmen, den Eigentumsverhältnissen der entscheidende Rang zukommt und letztlich die staatliche Rechtsetzung ihr Maß und Ziel in den Eigentumsverhältnissen und den auf ihnen beruhenden sozialen Gesetzen findet, der Klassenbedingte Inhalt des Rechts davon geprägt wird.

Die politischen und ökonomischen Machtgrundlagen der Monopolbourgeoisie zu liquidieren hieß auch, den Hauptwiderspruch zwischen imperialistischer Bourgeoisie und den Volksmassen, deren wichtigste Klasse die Arbeiterklasse ist, zu lösen und gleichzeitig damit eine breite Bresche in den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit zu schlagen. Das war für die Konstituierung

²⁾ Vgl. *Geschichte der SED*. Abriß, Berlin 1978, S. 70 und Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. *Klassenkampf-Tradition Sozialismus*, Berlin 1979, S. 481.

³⁾ Grundlegende und detaillierte Darstellungen dieses Prozesses sind enthalten in: *Die KPD im Kampf gegen Faschismus und Krieg (1933—1945)*, Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Berlin 1978; Horst Laschitzka, *Kämpferische Demokratie gegen Faschismus. Die propagandistische Vorbereitung auf die antifaschistisch-demokratische Umwälzung in Deutschland durch die Parteiführung der KPD*, Berlin 1969; Kirste Peter, „Wirtschaftspolitik und antifaschistische Umwälzung. Zur Erarbeitung wesentlicher Grundsätze der wirtschaftspolitischen Konzeption der KPD für die Antifaschistisch-demokratische Umwälzung (Februar 1944 bis April 1945)“ in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 14, Berlin 1976, S. 235 ff.; Heinz K ü h n r i c h/Karlheinz P e c h, „Neue, bedeutsame Dokumente über die politisch-theoretische Tätigkeit der illegalen operativen Leitung der KPD in Deutschland 1944“, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin, Heft 1/1979, S. 26 ff.

und Festigung der Hegemonie der Arbeiterklasse und für grundlegende Veränderungen der rechtlichen Stellung der Arbeiterklasse sowie für ein festes stabiles politisch-ideologisches und ökonomisches Bündnis mit den nichtproletarischen Klassen und Schichten von ausschlaggebender Bedeutung. Dieses allgemein-theoretische Grundverständnis war in den programmatischen Vorstellungen und Konzeptionen der KPD enthalten und wurde entsprechend den Bedingungen in Deutschland während der Zeit des Faschismus und bei deren Überwindung durch die militärischen Siege der Hauptmächte der Anti-hitler-Koalition konkretisiert.⁴⁾

Bereits auf der letzten Tagung der ZK der KPD nach dem Machtantritt der Faschisten, die illegal am 7. Februar 1933 im Lokal Sporthaus Ziegenhals bei Niederlehme, südöstlich von Berlin, stattfand, betonte Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, in seinem Referat die Tatsache, daß ein Eingehen auf Illusionen über eine Überwindung des Hitlerregimes mit bürgerlich-parlamentarischen Mitteln und Methoden geradezu ein Verbrechen sei. „Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es wahrscheinlich keine andere Art Ablösung dieser Regierung geben kann, als ihren revolutionären Sturz“.⁵⁾ Und er erklärte weiter: „Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muß... Der wüste faschistische Terror in Deutschland, dem wir jetzt entgegengehen, ändert nichts an unserer revolutionären Perspektive.“⁶⁾ Klar und deutlich analysierte Ernst Thälmann die Hitlerregierung „als Regime des faschistischen Terrors, der kapitalistischen Aushungerung und des imperialistischen Krieges, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer“.⁷⁾ Damit erfolgte gleichzeitig eine Entlarvung der sozialen Träger des Faschismus, deren politische und ökonomische Entmachtung nach dem Sturz der faschistischen Diktatur unumgänglich war. Als eine wichtige Aufgabe der KPD wurde dabei gesehen, daß sie stets und immer, deutlich und real, einen positiven Ausweg herauszuarbeiten habe, als die einzige Partei der konsequenten Verteidigung der Interessen der werktätigen Massen. Dies um so dringender, weil der an der Macht befindliche Faschismus alles daran setzte, die Arbeiterklasse niederzuschlagen und die gesamte Arbeiterbewegung, vor allem ihre revolutionäre Vorhut, zu vernichten sowie alle demokratischen Kräfte auszuschalten.⁸⁾

⁴⁾ Siehe hierzu: *Marxistisch-leninistische Partei und sozialistischer Staat*, Berlin 1978, Abschnitt 2.1. „Die Konzeption der KPD für den Kampf um die Errichtung einer dem werktätigen Volke dienenden Staatsmacht“, S. 45—51.

⁵⁾ Aus dem Referat Erns Thälmanns auf der Tagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals, in: *Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin*, Berlin 1981, S. 25.

⁶⁾ Ebenda, S. 25/26 und S. 28.

⁷⁾ Ebenda, S. 35.

⁸⁾ Vgl. *Grundriß der deutschen Geschichte*, a. a. O., S. 44.

Vertiefte Überlegungen, zugeschnitten auf das Verhältnis Macht der Arbeiterklasse und Umwälzungen in den Eigentumsverhältnissen und somit eine grundlegend neue rechtliche Stellung der Arbeiterklasse begründend, formulierte Erns Thälmann in seiner Stellungnahme vom 6. Mai 1934 zu einer antikommunistischen Denkschrift der faschistischen Oberreichsanwaltschaft mit dem Titel „Kommunistische Umsturzbestrebungen in Deutschland“ aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis: „Wir wollen, daß die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern kommt, die sie restlos im Interesse des Volkes verwenden, nachdem die Bourgeoisie abgewirtschaftet hat. Diese Macht soll dazu dienen, den Kapitalismus zu beseitigen und die Banken, die Großindustrie, die Werften, die großen Güter, die angehäuften Warenvorräte usw. in die Hände der Allgemeinheit und in Eigentum der Gesellschaft zu überführen, um sie restlos den Arbeitern, Bauern und übrigen Werktätigen dienstbar zu machen. Die zentrale Hauptaufgabe ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter im Bündnis mit den übrigen Werktätigen. Ohne die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgabe ist das Ziel, die siegreiche proletarische Revolution, als geschichtliche Perspektive gesehen, nicht zu verwirklichen.“⁹⁾

Daran anknüpfend und ausgehend von den Beschlüssen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale vom Sommer 1935, wo eine wissenschaftlich exakte marxistisch-leninistische Definition des Faschismus durch Georgi Dimitroff gegeben wurde,¹⁰⁾ stellte die KPD auf der Brüsseler Parteikonferenz (3.—15. Oktober 1935) in der verabschiedeten Resolution fest: „Die Politik der Hitlerregierung sichert den Großkapitalisten und Junkern eine erhöhte Machtstellung, die sie rücksichtslos gegen die Arbeiter, gegen die Kleinproduzenten, gegen die Verbraucher, gegen das gesamte werktätige Volk ausnutzen.“¹¹⁾ Präzise wurde hier nicht mehr die Bourgeoisie insgesamt, sondern die Großbourgeoisie hervorgehoben, als entscheidende soziale hinter dem Faschismus stehende Kraft, die es gemeinsam mit der Klasse der Junker politisch und ökonomisch zu entmachten galt, um antifaschistischdemokratische Verhältnisse zugunsten der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse in Angriff nehmen zu können.

Ihrer führenden Tätigkeit im antifaschistisch-demokratischen Widerstandskampf gerecht werdend, gelang es der KPD in schöpferischer Anwendung der marxistisch-leninistischen Grundsätze über die Gesellschaft, Staat und Recht,

⁹⁾ Ernst Thälmann: *Eine Biographie*, Berlin 1980, S. 705

¹⁰⁾ Siehe: Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale. Referate — Aus der Diskussion — Schlußwort — Resolutionen, Frankfurt am Main 1971, S. 75

¹¹⁾ Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen. Für den Sturz der Hitlerdiktatur (Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD) in: *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, Berlin 1973, S. 135

Wirtschaft und Kultur die ideologischen Auffassungen der unterschiedlichsten politischen und sozialen Kräftegruppierungen in den Fragen der Macht und des Staates auf einen Nenner zu bringen. Dies fand seinen Niederschlag in den auf der erweiterten Tagung des Politbüros des ZK der KPD vom 10.—24. Juni 1936 verabschiedeten, von Wilhelm Pieck erarbeiteten „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront“ vom 16. Juni 1936. Hier wurden als Grundsätze formuliert: die Rüstungsindustrie zu nationalisieren, die Banken zu einer Staatsbank zu vereinigen und das Eigentum jener Großunternehmer und Großagrarien zu beschlagnahmen, die die Politik der nach dem Sturz des Faschismus zu bildenden demokratischen Regierung sabotieren würden.¹²⁾

Da abzusehen war, daß sich das Monopolkapital und das Junkertum objektiv mit allen Kräften aufgrund ihrer sozialökonomischen Stellung und engsten Verflechtung mit dem Faschismus, mit den verschiedensten Mitteln und Methoden gegen eine antifaschistisch-demokratische Politik einer von den Interessen der Volksmassen getragenen Regierung wenden würde, war die Beschlagnahme ihres Eigentums durch die neu zu bildenden demokratischen Organe unumgänglich. Die Dialektik von der Zerschlagung der ökonomischen Basis des faschistisch-imperialistischen Staates durch Beschlagnahme des Eigentums des faschistischen Staates sowie der sozialökonomischen Träger des Hitlerfaschismus und von der Demokratisierung der Staatsmacht wurde hier offenbar.

Die Gedanken in den Forderungen der Richtlinien vom 16. Juni 1936 weiterführend, wurde auf der Berner Konferenz der KPD (30. Januar—1. Februar 1939) in der verabschiedeten Resolution im Abschnitt „Die neue deutsche Republik“ festgestellt: „Die neue deutsche Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten könne, sondern die einzige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen. Die Politik der Volksfront und die Schaffung einer neuen demokratischen Republik bedeuten nicht den Verzicht der Arbeiterklasse auf den Sozialismus. In einem Volksfrontdeutschland werden sie sozialistischen und kommunistischen

¹²⁾ Siehe: Wilhelm Pieck, „Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront,“ in: *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. V, Berlin 1972, S. 369

Arbeiter und ihre Organisationen die volle Freiheit haben, die Mehrheit des Volkes für das sozialistische Ziel zu gewinnen.“¹³⁾

Diesen Forderungen kam von mehreren Seiten her Bedeutung zu.

1. Die KPD ging davon aus, daß es die großen Monopole waren, die den Faschismus an die Macht brachten und zum Krieg drängten. Enteignung des faschistischen Trustkapitals hieß deshalb, Enteignung der Initiatoren eines Krieges, hieß den Weg zu zeigen, wie Kriege verhindert werden können.
2. Die Forderung nach der Enteignung des faschistischen Trustkapitals stellte eine unerläßliche Vorbedingung für die Schaffung demokratischer Verhältnisse dar, eine Garantie dafür, daß die Monopolbourgeoisie nie wieder ihre politischen und ökonomischen Anschläge gegen das Volk richten, revolutionär erkämpfe soziale und politische Rechte einschränken und aufheben konnte.
3. Mit der Forderung nach Enteignung des faschistischen Trustkapitals war unmittelbar die Aufgabe verknüpft, Grundlagen für die Entwicklung einer Wirtschaftsordnung zu schaffen, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird. Mit Hilfe einer zutiefst demokratischen Staatsmacht, in der die Arbeiterklasse mit allen antifaschistischen Kräften den entscheidenden Einfluß haben mußte, war die Wirtschaft in den Dienst des Volkes zu stellen, der Weg zum Sozialismus zu weisen.

Überzeugt von der unvermeidlichen, gesetzmäßigen Niederlage der faschistischen Aggressoren, die 1939 den zweiten Weltkrieg angezettelt hatten, begann die Parteiführung der KPD unter Zugrundelegung der bereits erarbeiteten Konzeptionen weitere Vorstellungen zu entwickeln, indem sie den Kampf um die Zerschlagung des Hitlerfaschismus mit detaillierten Vorbereitungen für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau Deutschlands verband.

Davon zeugt u. a. auch das auf Initiative des ZK der KPD im Juli 1943 bei Moskau entstandene Nationalkomitee „Freies Deutschland“, in dessen Manifest vom 12./13. Juli 1943 die Gemeinsamkeiten der Auffassungen von Vertretern deutscher Antifaschisten und Hitlergegnern aus den verschiedensten sozialen Schichten und Gruppen des Volkes sich niederschlugen. Tiefgreifende revolutionär-demokratische Umwälzungen auf politischem, sozialem, staatliche, rechtlichem und ökonomischem Gebiet wurden gefordert. Zum Ziel des Kampfes erklärte das Manifest eine starke demokratische Staatsmacht, „die nichts gemein hat mit der Ohnmacht des Weimarer Regimes“ und „über die nötigen Machtmittel verfügt, um die Feinde des Volkes, Hitler und seine Gönner und

¹³⁾ Der Weg zum Sturz Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik (Resolution der Berner Konferenz der KPD), in: *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, a. a. O., S. 179/180

Günstlinge, unschädlich zu machen“.¹⁴⁾ Dazu war es unerläßlich, daß die Kriegsverbrecher, Kriegsschuldner und Kriegsgewinnler bestraft wurden. Diese Bestrafung sollte auf juristischem Wege, durch Gerichte, wie auch durch Beschlagnahme ihres Vermögens geschehen.¹⁵⁾

All dies entsprach auch der Hauptstoßrichtung der KPD, wodurch eine solide Ausgangsbasis für ein gemeinsames Tätigwerden von Kommunisten und anderen Antifaschisten für ein neues demokratisches Deutschland geschaffen wurde. Dies wird auch deutlich im Dokument „Wir Kommunisten und das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“, welches Ende 1943/Anfang 1944 von der dritten operativen Leitung der KPD in Deutschland erarbeitet wurde.¹⁶⁾ Als Ziel revolutionärer Maßnahmen wurde ein „freies, unabhängiges, demokratisches Deutschland“¹⁷⁾ gefordert. Als Volksausschüsse, und in diesem Sinne wirkend, wurden die von unten nach oben neu zu bildenden Staatsorgane bezeichnet. Die neue freie Volksregierung hatte unverzüglich alle Naziführer, Kriegsschuldigen, die Hitlerregierung und die deutschen Finanzkapitalisten für die Kriegsverbrechen und Kriegsschäden mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar zu machen. Die Großbourgeoisie sollte sofort entmachtet werden und die Schlüsselstellungen in Staat und Wirtschaft in die Hände des Volkes gelangen.¹⁸⁾

Ein weiteres Dokument von wesentlicher Bedeutung für die politische und wirtschaftliche Nachkriegsentwicklung in Deutschland stelle das „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie“ vom Oktober 1944 dar. Es wurde von Kommissionen unter Leitung von Wilhelm Pieck, Vorsitzender der KPD, die vom ZK der KPD eingesetzt wurden, vom Februar bis Oktober 1944 erarbeitet.¹⁹⁾ Im Aktionsprogramm wurde zur Rettung Deutschlands gefordert, die Allmacht des faschistischen Monopolkapitals durch die Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus eindeutig zu brechen. Die Machtpositionen des faschistischen deutschen Imperialismus waren zu beseitigen, alle Kriegsschuldigen, Kriegsverbrecher und Massenmörder zu verhaften, abzuurteilen und zu bestrafen.²⁰⁾ Die neuen demokratischen Machtorgane, die in ihrer Zusammensetzung die Struktur des Volkes Widerspiegeln sollten, hatten diesen Prozeß zu leiten. Die aus dem beschlagnahmten und entschädigungslos enteig-

¹⁴⁾ Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk, in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe III, Bd. 1, Mai 1945—April 1946, Berlin 1946, Berlin 1959, S. 4

¹⁵⁾ Siehe ebenda, S. 4/5

¹⁶⁾ Veröffentlicht in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Heft 4/1966, S. 644 ff., speziell Punkt 4. und 5. des Anfangs

¹⁷⁾ Ebenda, S. 672

¹⁸⁾ Siehe ebenda, S. 669/670

¹⁹⁾ Veröffentlicht in: Horst Laschitzka, a. a. O., S. 197 ff.

²⁰⁾ Vgl. ebenda, S. 199

neten Eigentum der Nazi- und Kriegsverbrecher resultierenden Vermögenswerte bzw. wichtige Produktionsmittel waren von der Arbeiterklasse und den mit ihr verbündeten Kräften zu verwalten und sollten das ökonomische Rückgrat des Blocks der kämpferischen Demokratie bilden.²¹⁾ Grundlegende Veränderungen in der sozialen und rechtlichen Stellung der Arbeiterklasse waren in diesen Klassenkämpfen zu erreichen.

Ende 1944/Anfang 1945 wurden im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition über den Faschismus in Deutschland, unter Einbeziehung der Beschlüsse der Konferenzen von Teheran 1943 und Jalta 1945, weitere präzisierte Vorstellungen entwickelt, was die Herausbildung und Rolle der neuen Staatsorgane bei der wirtschaftspolitischen Neugestaltung Deutschlands im Hinblick der ökonomischen Entmachtung der Monopolbourgeoisie angeht, die zwar engste Zusammenhänge einer neuen rechtlichen Stellung der Arbeiterklasse berühren, jedoch keine grundsätzlich neuen Gesichtspunkte aufwarfen.²²⁾

Auf den inhaltlich dargestellten theoretischen Grundpositionen der KPD stehend, die in sich eine wissenschaftliche begründete Theorie und Politik umfaßten, wurde der deutschen Arbeiterklasse eine Orientierung gegeben, die sie befähigte, Schritt für Schritt die nach dem 8. Mai 1945 anstehenden Aufgaben zu bewältigen, zur führenden politischen Kraft zu werden und somit eine neue Stellung zu Staat und Recht zu begründen.²³⁾

²¹⁾ Vgl. ebenda, S. 199

²²⁾ Siehe: Richtlinien für die Tätigkeit der lokalen Volksausschüsse auf dem Gebiet der Wirtschaft, 18. Februar 1945 (Paul Schwenk und Paul Wandel), in: *Beiträge zur Geschichte*, a. a. O., Heft 3/1968, S. 447 ff. und Richtlinien des Politbüros des ZK der KPD für Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet (5. April 1945), in: *Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945—1949*, Berlin 1968, S. 5 ff.

²³⁾ Vgl. *Geschichte der DDR, Hochschullehrbuch*, Berlin 1981, S. 35 ff.